

Kein Spezifikum dieser Pastoralreise Johannes Pauls II. in die ČSFR, aber doch Anlaß zur Kritik war der ausgeprägte „Papstkult“, der mitunter sogar die Liturgie dominierte. Die Freude von Millionen tschechischer und slowakischer Katholiken, endlich den Papst in ihrem Land begrüßen zu können, war gewiß verständlich. Auch ist begreiflich, daß eine Ortskirche, die wegen ihrer unverbrüchlichen Treue zum Papst ein jahrzehntelanges Martyrium auf sich nehmen mußte und die unter der mangelnden „Papstreue“ einiger weniger, dem kommunistischen Regime willfähriger Kleriker zusätzlich zu leiden hatte, dem Papst „huldigt“ und unbedingten „Gehorsam“ ihm gegenüber geradezu zum Kern ihres Programms macht. Doch darüber dürfte niemals vergessen werden, daß jeglicher Personenkult und erst recht eine Art „Führerkult“ in der Kirche Christi keinen Platz haben dürften. Der Eindruck der anderen Kirchen in der ČSFR von diesen „Huldigungen“ an den Papst war nicht der beste. Aber auch innerkatholisch stoßen „Treuegelöbnisse“, wie sie der Metropolit der slowakischen Kirchenprovinz beim Papstgottesdienst in Preßburg stellvertretend für alle Gläubigen ablegte („Ich, Ján Sokol, Erzbischof von Trnava, werde der heiligen Kirche, dem Heiligen Vater und seinen Nachfolgern immer treu sein“), nicht nur auf Zustimmung.

Schließlich hätte man dieser Pastoralreise auch ein *Mehr an christlicher Demut* gewünscht. Gerade die Stunde des „Sieges“ über den Kommunismus, des Zusammenbruchs seiner atheistischen Ideologie, die Stunde des Machtwechsels zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Verfolgern und Verfolgten, wäre die Stunde dieser christlichen Tugend gewesen. Es hätte ein Akt wahrer „Evangelisierung“ sein können, einer weithin der Religion entfremdeten Gesellschaft offenkundig zu machen, daß der Glaube auch und gerade in einer solchen Stunde nach anderen Kategorien handelt als die „Welt“.

## Die Erneuerung im Geist des Konzils steht an

Die Liste der „Defizite“ dieser Pastoralreise ist bei genauerer Betrachtung nicht gering. Das Positive, das der ČSFR-Besuch des Papstes bewirkte, überwog jedoch bei weitem. Vor allem stärkte er eine Ortskirche, die dringend dieser Stärkung bedarf. Auch wenn sie bei diesem Papstbesuch ein beeindruckendes Lebenszeichen gab, das ihr viele nicht zugetraut hätten: sie ist – wie es der Pressesprecher Kardinal Tomášeks, Pfarrer *Vladimir Rudolf* aus Prag, vor der Papstreise formuliert hatte – eine „schwache, atomisierte Kirche in einer schwerkranken Gesellschaft“. Sie braucht dringend Impulse der Erneuerung – und zwar im Geist des Zweiten Vatikanums.

Manche Vertreter der Kirche in der Tschechoslowakei befürchten von offenen politischen und geistigen Grenzen das Übergreifen der „Krise“ der Kirche in den westlichen Ländern auf ihre Ortskirche. Der Wiener Weihbischof *Kurt Krenn* hielt es sogar für notwendig, davor zu warnen, daß die kirchlichen „Krisenmacher“ im westlichen Europa nun zu „Krisenexporteuren“ umrüsten und „ihre Trojanischen Pferde nach Osteuropa in Marsch setzen“. Die Kirche in Osteuropa – so meinte Krenn – habe es nach Jahrzehnten der Verfolgung „nicht verdient, nun auch noch mit inneren Krisen der Kirche in Westeuropa behelligt zu werden“. Doch viele Männer und Frauen der Kirche in der Tschechoslowakei sind heute überzeugt, daß die „Krise“, die eine Auseinandersetzung mit der Ideenwelt des Konzils für ihre bisher weitgehend abgeschottete Kirche zweifellos mit sich bringen muß, gering sein wird im Vergleich zu jener Krise, die ein Verzicht auf eine Erneuerung im Geist des Konzils unweigerlich nach sich zöge. Wenn die Impulse des Papst-Besuches diesen notwendigen Erneuerungsprozeß vorantreiben, wird der „Erfolg“ dieser Pastoralreise von Dauer sein. *Peter Musyl*

## Kurzinformationen

### Die deutschen Bischöfe stellen bei Verbänden Symptome einer Identitätskrise fest

Nachdem Situation und rechtliche Stellung der katholischen Verbände in den letzten Jahren mehrfach auf der Tagesordnung der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz standen, verabschiedeten die Bischöfe auf ihrer Frühjahrsvollversammlung in Augsburg (vgl. HK, April 1990, 192 f.) eine Stellungnahme zu diesem Thema. Inzwischen liegt diese im Wortlaut vor – in einer Reihe von kirchlichen Amtsblättern war sie abgedruckt (so z. B. im Amtsblatt der Erzdiözese Freiburg vom 19. 4. 90, S. 381–384). Die Stellungnahme „Wort der Bi-

schöfe zur Stellung der Verbände in der Kirche“ stellt in einem ersten Abschnitt die Verbände als historische „Besonderheit des deutschen Katholizismus“ vor und umreißt ihre Bedeutung. Ein zweiter Abschnitt handelt von der „Krise der Verbände“. Die Verbände hätten teil an der Umbruchsituation, die das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft tiefgreifend verändere. Zugleich wachse die Einsicht, daß man die Verbände brauche, um in der pluralistischen Gesellschaft die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensweisen und Lebensräumen zu erreichen. Hinter einer relativ gefestigten äußeren Struktur der Verbände zeigten sich bisweilen „Symptome einer Identitäts-

krise“. Der Kern dieser Krise liege im „Kirchenverständnis, in Unsicherheiten bezüglich der Glaubens- und Sittenlehre und in einem Mangel an kirchlicher Identifikation in den persönlichen Lebensvollzügen“. Als Grundziel verbandlichen Wirkens wird (Abschnitt 3) die Übernahme persönlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft genannt. Die Zeugniskraft des einzelnen Christen werde immer wichtiger. Als „Kriterien der Kirchlichkeit“ (Abschnitt 4) werden genannt: Berufung zur Heiligkeit; Verantwortung für das Bekenntnis des katholischen Glaubens; Zeugnis der *communio*; Übereinstimmung mit den apostolischen Zielsetzungen der Kirche; engagierte Präsenz in der Gesellschaft. Abschließend werden die mit dem CIC von 1983 veränderten Rechtsgrundlagen kurz erläutert: „Alle kirchlichen Vereinigungen unterstehen der Aufsicht der kirchlichen Autorität.“ Je intensiver eine Vereinsaktivität den Zweck verfolge, die Teilhabe aller am lebendigen Glauben der Kirche zu fördern, desto enger sei auch ihre „Bindung an die kirchliche Autorität, der es aufgegeben ist, den ganzen Glauben allen zu verkünden“.

#### Zentralkomitee der deutschen Katholiken veröffentlicht Thesen zur Umwelterziehung

Unter dem Titel „Umweltschutz als erzieherische Aufgabe“ hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Ende April ein Thesenpapier zur Umwelterziehung veröffentlicht. Es schließt an die evangelisch-katholische Erklärung von 1985 „Verantwortung für die Schöpfung“ an und übernimmt von dort Problemstellung, Situationsbeschreibung und Handlungsbedarfsfeststellung: Das Ausmaß und Intensität der Eingriffe in natürliche Wirkungszusammenhänge sei bedrohlich angestiegen, die dadurch ausgelösten Prozesse gewannen an Schnelligkeit, Anzahl und Konzentration von Giftstoffen nähmen ständig zu und der Entscheidungsspielraum für ökologisches Handeln werde immer enger. Deshalb müsse dringend die große *Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln*, Anspruchsdenken und tatsächlichen Problemen abgebaut werden. Umweltreparatur und reaktive Krisenbewältigung genügen nicht mehr, es bedürfe dringend eines Konzeptes der *Umweltvorsorge*, „die die ökologische Dimension, d. h. die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Gesamtheit der Ressourcen und die Belastungsgrenzen für Boden, Wasser und Luft in alle politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen von vornherein miteinbezieht“. Vorsorge lasse sich konsequent aber nur verwirklichen, wenn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Zielsetzung und Maßnahmen nachvollziehen könne. Umwelterziehung sei dafür eine unerläßliche Voraussetzung. Sie dürfe aber nicht allein als Instrument der Umweltvorsorge, sondern müsse zugleich als *wesentlicher Bestandteil einer gegenwarts- und zukunftsbezogenen Allgemeinbildung* verstanden werden. In diesem Sinne müsse Umwelterziehung „ein dem jeweiligen Alter und Lernvermögen entsprechendes Handlungswissen vermitteln“.

Da Umweltprobleme häufig zu politischen Zielkonflikten führten, sei es eine wichtige Aufgabe der Umwelterziehung, „nicht nur Lösungsansätze bei Konflikten und unterschiedlichen Positionen aufzuzeigen, sondern auch die Bedeutung und Notwendigkeit von Güterabwägung und Kompromiß, von politischer Auseinandersetzung und Überwindung von Interessenkonflikten bewußt zu machen und einzuüben“. Um die komplexen Zusammenhänge durchsichtig und verständlich zu machen, müsse Umwelterziehung *fachübergreifend* verstanden werden und wegen der emotional-existentialen Seite bereits im Elternhaus und Kindergarten beginnen.

#### Deutschsprachige Pastoraltheologen äußern Bedenken zum Vorbereitungspapier für die Bischofssynode über die Priesterbildung

Der Beirat der deutschsprachigen Pastoraltheologen äußerte grundlegende Bedenken gegenüber dem Konzept der Priesterbildung, wie es in den „Lineamenta“, dem ersten Vorbereitungsdokument zur kommenden Vollversammlung der Bischofssynode (vgl. HK, August 1989, 384) zum Ausdruck kommt. Die Synode befaßt sich bei ihrer Vollversammlung im Oktober mit der Priesterbildung unter den derzeitigen gesellschaftlichen und kirchlichen Verhältnissen. Nach Auffassung der Pastoraltheologen stehen Inhalt und theologischer Ansatz der „Lineamenta“ in einem Gegensatz zu Aussagen des Zweiten Vatikanums sowie zu bisher geltenden ortskirchlichen Richtlinien wie etwa der Rahmenordnung der Deutschen Bischofskonferenz über die Priesterausbildung. In den „Lineamenta“ würden alle pastoralen Dienste *auf den priesterlichen Dienst enggeführt*. Außerdem werde Kirche in einer antimodernistischen Tradition im Gegenüber zu Gesellschaft und Welt definiert. Das Ziel der Priesterausbildung in diesem Kirchenverständnis bestehe darin, durch die traditionellen geistlichen Übungen und das Leben in der Seminargemeinschaft „zum Verzicht auf den eigenen Willen und zum Gehorsam“ (Lineamenta, Nr. 27) zu kommen. Der Priester begegne in diesem Konzept der „bösen“ Welt nur im Modus der Mission bzw. der Heimholung. Die Pastoraltheologen plädieren in ihrer Stellungnahme demgegenüber für die Förderung vielfältiger Formen der Ausbildung für pastorale Berufe auf der Basis einer Einheit in der Verschiedenheit. In den Ausbildungsbemühungen für die pastoralen Dienste solle eine *umfassende Persönlichkeitsentfaltung künftiger Seelsorger* systematisch gefördert werden. Sensibilität für die soziale Lebensrealität der Menschen in der heutigen Gesellschaft müsse geweckt werden. Nicht nur die kognitiven, sondern auch die affektiv-emotionalen Fähigkeiten müßten geschult werden. Die Aufgabe seelsorglicher Begleitung werde wesentlich darin bestehen, „die spirituelle Qualität von menschlicher Kommunikation und Begegnung, von Leben und Alltag theologisch zu deuten“. Dem Leitbild des erwünschten pastoralen Dienstes kämen jene Frauen und Männer nahe, „die aus der eigenen Selbst- und Gottfindung heraus, beauftragt durch die Kirche,

Gott als liebende und tragende Wirklichkeit für sich erfahren und damit glaubwürdig für andere erschließen können“. In den Ausbildungsvorgängen brauche es eine grundlegende Orientierung auf Gemeindebildung hin.

#### Die EKD legt Vorschläge zur Energieeinsparung vor

Vom Rat der EKD beauftragt, erarbeitete der *Wissenschaftliche Beirat des EKD-Umweltbeauftragten* ein Papier zu Möglichkeiten der Energieeinsparung angesichts der drohenden Klimagefährdung, das im April veröffentlicht wurde (EKD-Texte, Nr. 31). Daß Energieeinsparung als generelles Ziel Priorität habe, sei heute allgemeiner Konsens, heißt es in dem Papier. „Kein Konsens besteht allerdings darin, was genau dies heißen soll, wem gegenüber diese Priorität gelten soll, durch welche Grundsätze eine solche Priorität im einzelnen zu bestimmen ist und mit welchen Mitteln in welcher Zeit welche Ziele anzusteuern sind.“ Nach Meinung der Autoren braucht es angesichts der Klimagefährdung eine *radikal erweiterte Politik der Energieeinsparung*, die über die in der Bundesrepublik bisher praktizierte Umweltpolitik hinausgeht. Um die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung und des Einsatzes regenerativer Energien in einem größeren Umfang zu verwirklichen, müsse auf jeden Fall in den Markt eingegriffen werden. Bestimmte energiepolitische Maßnahmen

könnten nicht schon deshalb ausgeschlossen werden, weil sie Nutzenergie und die Energiedienstleistungen verteuerten. „Vielmehr kommt es gerade darauf an, auf breiter Basis Verständnis für die notwendige Verteuerung der Energiedienstleistungen zu wecken und die Preisveränderungen in sozial verträglicher Weise vorzunehmen.“ Das Papier betont, daß Energieeinsparpolitik *Querschnittspolitik* sei und in zahlreiche Ressorts des politischen Handels hineinreiche. Im einzelnen werden Maßnahmen in der Bau- und Wohnungspolitik, in der Wirtschafts- und Industriepolitik, der Verkehrspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Deutschlandpolitik und der Internationalen Politik genannt. Die beim gegenwärtigen Preisniveau der Energieträger bestehenden Hemmnisse, energiesparende Techniken verstärkt durchzusetzen, müßten dringend abgebaut werden. Die auf jeden Fall unerlässliche *Umsteuerung in der DDR* biete die Chance für eine energiepolitische Neukonzeption im Sinn ökologischer Optimierung. Keine einheitliche Meinung konnte im Wissenschaftlichen Beirat bezüglich der weiteren Nutzung der Kernenergie erzielt werden. Zum Teil wird die langfristige und dauerhafte Nutzung der Kernenergie wegen ihrer verschiedenen Risiken abgelehnt, zum Teil sieht man die Kernenergie als eine Bedingung, um das Klimaproblem in Grenzen zu halten, unter der Voraussetzung, daß die Katastrophenträchtigkeit heutiger Reaktoren überwunden werden kann.

## Bücher

ULF FINK, *Die neue Kultur des Helfens*, Nicht Abbau, sondern Umbau des Sozialstaates. Piper-Verlag, München – Zürich 1990. 199 S. 29,80 DM.

Der Umbau des Sozialstaates auf dem Hintergrund einer im sozialen Sinne veränderten Bedürftigkeitsstruktur, die Wiedergewinnung von Solidarität in durch technische Innovation und gesteigerte Arbeitsproduktivität gewandelten lebensweltlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen, die Entwicklung neuer Formen und Strukturen sozialen Helfens und die Sensibilisierung für die sozialen und ökologischen Folgekosten des technologischen Umbaus der Industriegesellschaft für Beschäftigungssystem und Umwelt, verstanden als politische Gestaltungsaufgabe – das sind die hauptsächlichen Themen des Bandes. Seine Fragestellungen sind nicht mehr ganz neu. So manches Lieblingsprojekt, das Fink als ehemaliger Berliner Senator für Arbeit und Soziales entwickelt und durchgesetzt hat (von öffentlicher Unterstützung von Selbsthilfegruppen über den Einsatz von Sozialhilfe- resp. Arbeitslosenhilfeempfängern für öffentliche Arbeiten bis zur „Pflegerente“) und von denen jedes unkonventionell, aber keines unumstritten war, wird nochmals als Modell für prakti-

sche Lösungen inmitten eines höchst komplexen Prozesses des Wandels sozialer Strukturen und Beziehungen dargestellt. Aber anregend ist das Buch von der ersten bis zur letzten Seite. Das gilt auch für den von Fink in die Debatte geworfenen Vorschlag der Arbeits-Dreiteilung: in Arbeitszeit (Erwerbsarbeitszeit), Freizeit und Sozialzeit. Auch seine Forderung nach Mehrzweckverwendung von schulischen und anderen öffentlichen Einrichtungen, damit durch deren bessere Auslastung (in Parallele zur verlängerten Maschinenzeit) möglichst vielen sozusagen ambulante Begegnungs- und Dienstleistungszentren geschaffen werden können und so Hilfesuchende und Hilfeleistende in vornehmlich anonymen und zu Entsolidarisierung neigenden Sozialbeziehungen überhaupt erst einmal zusammenfinden, ist ein Experiment wert.

Fink argumentiert mit Phantasie, erfahrungsgeliebt, ohne ideologische Scheuklappen. Immer wieder fragt man sich freilich, ob das Ausgangspotential, das die Umgestaltung des Sozialstaats zu einer veränderten Kultur des Helfens auf den Weg bringen und tragen soll, hinreichend gewichtet wird. Die Einführung eines sozialen Jahres (schon hier wäre der unterschiedlichen Motivationsstruktur bei uns und in den USA, auf die Fink intensiv